

## 13. Die Frage nach der Normativität bei Arendt

---

Die Politikwissenschaftlerin Seyla Benhabib bezweifelt, dass Arendt mit dem kantischen Modell der erweiterten Denkungsart, das es zwar ermöglicht, die Perspektivität der öffentlichen Welt zu erfassen, überhaupt zu einem tragfähigen moralischen Urteil gelangen kann. Arendt sei in ihren »Überlegungen zur Moral auf das platonische Modell von der Einheit der Seele mit sich selbst« verfallen, aus dem »ein prinzipiengeleiteter moralischer Standpunkt nicht erwachsen könne« (Benhabib 1998: 297). »War nicht in den Augen Arendts«, fragt Benhabib weiter, »eines der irritierendsten Merkmale an Eichmann, dass er mit sich selbst so »im reinen« zu sein schien?« (ebd.: 298). Das gilt offenkundig auch für Martin Heidegger und viele andere Nazis, für Hitler, Stalin und heute für Putin, Xi Jinping oder Trump, einschließlich ihrer Anhänger.

Arendts Betonung der Pluralität, ihre Skepsis hinsichtlich des klassischen platonischen Wissensbegriffs, ihre sokratische Haltung und ihre intellektuelle Bescheidenheit, die Ablehnung des Denkens in geschlossenen Systemen wie ihre Hinwendung zu den Perspektiven der anderen entspricht unserem Verständnis von offener Gesellschaft. »Weder dem Vergangenen anheimfallen, noch dem Zukünftigen. Es kommt darauf an, ganz gegenwärtig zu sein«. Dieser Satz von Karl Jaspers habe sie »mitten ins Herz«<sup>1</sup> getroffen. Das erfahrungsbezogene Denken und das selbstständige Urteilen sind die beiden Grundpfeiler ihrer Denkhaltung. Die Folge der Eigenart dieses Denkens und eine methodische Vorentscheidung für Arendts Verständnis von politischer Urteilskraft ist, dass sie jedwede Normativität hinwegzufegen drohe, so die These von Julia Kristeva<sup>2</sup>, Jürgen Habermas und Seyla Benhabib. Für Arendt entsteht der Gedanke aus Ereignissen der Lebenserfahrung und muss an sie gebunden bleiben, sie seien die alleinigen Wegweiser, an denen er sich zu orientieren habe. Kann es bei dieser Methode eine Normativität geben?

Ganz orientiert am Gegenwärtigen, an der »Phänomenologie der Pluralität«<sup>3</sup>, wie die Philosophin Sophie Loidolt formuliert – an Begriffen wie Erscheinung,

---

1 Hannah Arendt, in: Wolfgang Heuer: *Citizen*, Berlin 1992, S. 165.

2 Julia Kristeva: *Das weibliche Genie*. Hannah Arendt, Hamburg 2008, S. 28ff.

3 Sophie Loidolt: *Hannah Arendts Phänomenologie der Pluralität: Sozialontologische, politische und ethische Aspekte*, Ausgabe 1, Band 9, November 2018, S. 1.

Erfahrung, Welt, Intentionalität, Subjektivität, Intersubjektivität und Mit-sein –, richtet Arendt ihr Verständnis von Politik zunächst nicht an normativen und moralischen Prinzipien aus, wie sie etwa von Kant oder Habermas vertreten werden. Dies habe bei ihr, wie Benhabib schreibt, »eine normative Lücke hinterlassen« (Benhabib 1998: 302). Obwohl sich ihr Begriff vom Politischen, so Benhabib, »ohne eine normative Position, die stark in universalistischen Menschenrechten, Gleichheit und Respekt« wurzele, »kaum nachvollziehen oder überhaupt verstehen« lasse, bemühe sich Arendt in ihren Schriften nicht »um eine normative Rechtfertigung« (ebd.: 302), d.h. sie übergehe »die Frage nach sozialer und politischer Gerechtigkeit« und stifte dadurch »Verwirrung« (ebd.: 303). »Auch in ihrer Auffassung von politischen Institutionen im Ganzen gesehen« würden »die Fragen nach Gerechtigkeit, Gleichheit und gegenseitiger Anerkennung« nicht wirklich berücksichtigt. Arendts »Überlegungen zur Moral« seien »flüchtig« und könnten kaum überzeugen (ebd.). Ihre Weigerung, eine naturrechtliche Grundlage für Politik und öffentliche Debatte bereitzustellen, lasse »zwischen Erkenntnis und Meinung einen Abgrund klaffen«, erklärt Habermas (Habermas 1981: 248). Moralische Forderungen, die kategorisch sind, kämen mit einer pluralen Perspektive in Konflikt. Gleichwohl, meint Benhabib, liege für Arendt in der menschlichen Bedingtheit der Pluralität, in »der Akzeptanz, dass wir die Erde mit anderen teilen«, eine ethische Grundlage für ein solides Zusammenleben und ein Schutz vor dem Totalitarismus (Benhabib 1998: 303). Als Menschen seien wir abhängige Wesen und auf die Gutwilligkeit, den Respekt und die Solidarität anderer angewiesen. Wir gewährten »Anerkennung als moralisch Gleiche«, wenn wir uns einander als Mitglieder derselben Gattung behandelten (ebd.: 306). Das Politische müsse immer seinen Ort im Miteinander der gemeinsamen Welt haben: »In-einer-wirklichen-Welt-leben und mit-Anderen-über-sie-reden sind im Grund ein und dasselbe«, notiert Arendt in *Was ist Politik?*. Erst in der Freiheit des Miteinander-Redens entstehe »überhaupt die Welt als das, worüber gesprochen« werde, »in ihrer von allen Seiten her sichtbaren Objektivität« (WP: 52).

### 13.1 Die Bedeutung der Pluralität im politischen Denken Arendts

Auf das Phänomen totaler Herrschaft im 20. Jahrhundert und auf das Entsetzen darüber, wozu Menschen fähig sind, reagierte Arendt nicht mit der Forderung nach einer Rückkehr zu ethischen Maßstäben des politischen Handelns oder der Wiederbelebung der aufklärerischen Vernunft. Denn der daraus abgeleitete Wertekanon könne im System totaler Herrschaft manipulierbar werden. »So habe Hitler Moral

mit der nationalsozialistischen Weltanschauung gleichgesetzt. Unter Stalin wurde die herrschende Parteimeinung als Ausdruck höchster Vernunft ausgegeben.«<sup>4</sup>

Das Ideal der Aufklärung, die Vernunft als allgemeine Urteilsinstanz und universeller Maßstab des Handelns, gehört zur Erfolgsgeschichte moderner Gesellschaften, gerade weil in der Vernunft ein großes Versprechen liegt: Selbstbestimmung und Freiheit. Die Vernunft wird jedoch auch für den Zweck des Machterhalts instrumentalisiert. An die Vernunft appellieren Machthaber und Etablierte, um öffentliche Kritik kleinzuhalten. Bürger:innen beanspruchen ebenfalls zu wissen, was vernünftig ist, ob in Erziehung und Bildung oder mit Blick auf die Klima-, die Corona- oder die Ukraine-Politik. Die Ideen der Wahrheit und des Humanismus, von Freiheit, Demokratie und Völkerrecht werden ebenso von ihren Feinden gepriesen.

Putin entstellt diese Ideen bis zur Unkenntlichkeit, verbreitet Fake News und betreibt Missbrauch, um seine Absichten zu verschleiern, um vergewaltigen, zerstören und töten zu können. Seine Lügen wirken wie »Arsendosen« (Victor Klemperer). Werden sie oft genug wiederholt, vergiften sie die Gefühle und den Geist der Menschen. »Konsequentes Lügen« ist, wie Arendt in Wahrheit und Politik formuliert, »bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen stehen könnten, zu errichten« (ZVZ: 362). Putin entzieht den Menschen ihren Boden, stellt die Wirklichkeit auf den Kopf und kommandiert die Wörter wie seine Untertanen. Er bezeichnet den Westen als »Reich der Lügen«, teilt die Welt in »Gut« und »Böse« und kehrt das Verhältnis von Täter und Opfer um. Der Kreml beschuldigt andere dessen, was er selbst macht oder plant. Putin unterstellt, dass die ukrainische Regierung jahrelang Menschen misshandelt und ermordet hätte, um seine imperialen Verschwörungsmymen mit dem Satz zu beenden: »Die wahre Stärke liegt in der Gerechtigkeit und Wahrheit, die auf der Seite Russlands« stünden. Putin verkehrt die Bedeutung von »Gut« und »Böse«, wenn er behauptet: »Wer sagt denn, dass das Gute immer gewaltfrei sein sollte? Ich sehe das nicht so. Das Gute setzt die Möglichkeit voraus, sich selbst zu verteidigen.«<sup>5</sup> Der selbsterklärte »Wahrheitsbesitzer« und »Freiheitskämpfer« Putin setzt die Lüge aus vorgeschobenen Gründen der Selbstverteidigung als Waffe ein und nutzt diese, um seine kriegerische Politik zu bemänteln. Die selbst inszenierte Opferrolle geht einher mit der Verfälschung von Tatsachen, der Diskreditierung der Ideen von Wahrheit und Vernunft und einer Rechtfertigung vorhandener Gewalt- und Machtstrukturen. Stereotypie und Personalisierung, »starre Dichotomien, wie die von ›Gut und

4 Antonia Grunenberg: Ein Anfang immer und überall, in: Du. Die Zeitschrift der Kultur, Hannah Arendt. Mut zum Politischen!, Zürich, Oktober 2000, S. 36.

5 Zit. nach Thomas Assheuer: »Wer sagt denn, dass das Gute immer gewaltfrei sein sollte?«, Die Zeit, 02.03.2022, S. 59.

Böse«, »wir und die anderen«, »ich und die Welt«<sup>6</sup> sind für Theodor W. Adorno nicht allein Ausdruck von »Verdummung« (ebd.: 189). Sie gehörten zugleich zum Komplex »psychotisches« Denken und scheinen, so Adorno in seinen *Studien zum autoritären Charakter*, ein »wesentliches Kennzeichen der faschistischen Mentalität« (ebd.: 190) zu sein.

Aleksandr Dugin, der sonst den Pluralismus verteufelt, gibt für Putins Verkehrung der Begriffe von Gut und Böse folgende Antwort: »Die Postmoderne zeigt, dass jede sogenannte Wahrheit eine Frage des Glaubens ist. Wir glauben also an das, was wir tun, und wir glauben an das, was wir sagen. Und das ist die einzige Möglichkeit, um die Wahrheit zu definieren. Wir haben also unsere spezifische russische Wahrheit, die Sie akzeptieren müssen.«<sup>7</sup> In dem Glauben an die »Allmacht der Gedanken« liegt der Glaube an die Zauberkraft des Wortes verborgen. Der Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, bezeichnet diese Denkweise als animistisch. Der primitive, noch dem Mythos verhaftete Mensch habe ein unerschütterliches Vertrauen in die Macht seiner Wünsche und glaube über seinen starken Willen sich seine Wünsche erfüllen zu können.

Wahrheit als Glaube, Wille und Tat – das ist ein faschistisches Narrativ. Dugins Glaube mag als subjektives Fürwahrhalten zureichend sein, objektiv und wahr ist er nicht. Wenn jeder über seine eigene Wahrheit verfügt, ist es im Konfliktfall sinnlos, zu argumentieren und das Gegenüber mit Gründen überzeugen zu wollen. Das bessere Argument wird hier zu einer bloßen Frage von Stärke, das gilt dann auch zum Beispiel für das »Gute« und »Gerechte«. Gerechtigkeit ist dann nichts anderes als der »Nutzen des Stärkeren«<sup>8</sup> – und was der für nützlich hält und als der Stärkere durchzusetzen vermag, ist dann gerecht. Es ist kein Zufall, dass Philosophen wie Platon, Sokrates und Kant darauf bedacht waren, Wissen, Meinen und Glauben deutlich zu unterscheiden, und davor warnen, wenn Macht in allen Dingen das letzte Wort hat. Wenn nichts mehr wahr ist und gefühlte Wahrheiten oder die Geldbörse statt Tatsachen zählen, dann gibt es keine Grundlage mehr, von der man Herrschaft kritisieren kann. »Nach den Tatsachen« ist »vor dem Faschismus«.

»Man kann alles von zwei Seiten sehen«, sagen manche, und »Jeder hat eben auf seine Weise recht, es ist alles eine Frage der Perspektive«, um im nächsten Schritt alle vernünftigen Maßstäbe über Bord zu werfen. Eine Abwandlung dieser perfiden und trickreichen Eichmann-Ausflucht finden wir in der postmodernen Beliebigkeit der Weltdeutungen, in den Ressentiments aktueller Xenophobie und Demokratiefeindlichkeit auf ähnlich bedrohliche Weise am Werk. Die AfD spreche aus, was »das

6 Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1973, S. 187ff.

7 Vgl. Samira El Quassil: Wladimir Putin – Feedbackloops eines isolierten Tyrannen, Spiegel Online, 10.03.2022, <https://www.spiegel.de/kultur/wladimir-putin-und-seine-ja-sager-feedbackloops-eines-isolierten-tyrannen-kolumne-a-2f7d8e2a-5f4a-46bo-a2d3-2e526a23a78f>

8 Wilhelm Capelle (Hg.): Die Vorsokratiker, Stuttgart 1968, S. 369.

Volk« angeblich denkt und nennt es »Mut zur Wahrheit«. So wollten Frauke Petry und Björn Höcke den Begriff »völkisch« wieder positiv besetzen. Dies zeigt, dass nicht Wahrheit und Vernunft das Problem sind, sondern zu wenig Vernunft und die Maßstäbe darüber, was vernünftig ist. Die Rechte hingegen ist geradezu auf die Strategie der diskursiven Selbstaufgabe angewiesen. Sie lehnt Aufklärung und vernunftbasierte Kritik ab. Wahrheiten und Tatsachen zählen nicht. Da sie bereits in ihren fundamentalen Grundannahmen auf Mythen (»Wir sind das Volk«) setzt, die keiner rationalen Prüfung standhalten, ist ihre Politik auf die postfaktische Verteidigung dieser Mythen angewiesen.

Die amerikanische Literaturkritikerin Michiko Kakutani analysiert in ihrem Buch *The Death of Truth* (2018)<sup>9</sup> das Verschwinden der Wahrheit und ihrer Maßstäbe aus der Politik und aus unserem Leben. Erzeugt hätten dieses Phänomen, so Kakutani, nicht Trump und andere Populisten, sondern die Philosophen der Postmoderne. Sicher habe »Trump nie die Werke von Derrida, Baudrillard oder Lyotard durchforstet«, aber »einige niveaulose Entsprechungen ihrer Denkweise« seien von den »Anhängern des Präsidenten vereinnahmt« worden, »die mit solchen relativistischen Argumenten seine Lügen entschuldigen wollen, aber auch von Rechten, die die Evolution infrage stellen, den Klimawandel leugnen oder alternative Fakten vertreten« (ebd.: 43). »Postfaktisch« wurde von der Gesellschaft für deutsche Sprache 2016 zum Wort des Jahres gewählt mit der Begründung, »immer größere Bevölkerungsschichten sind in ihrem Widerwillen gegen »die da oben« bereit, Tatsachen zu ignorieren und sogar offensichtliche Lügen bereitwillig zu akzeptieren. Nicht der Anspruch auf Wahrheit, sondern das Aussprechen der »gefühlten Wahrheit« führt im »postfaktischen Zeitalter« zum Erfolg.«<sup>10</sup> Was ist, wenn das Gegenüber die Debatte überhaupt nicht mehr interessiert? Uns bleibt in diesen Fällen nichts anderes übrig, als »Bullshit« als »Bullshit« (Harry Frankfurt) zu enttarnen.

Fehlt die Bereitschaft zum Dialog und der Respekt vor dem Recht, zerbricht die Gesellschaft, dann droht, wie Arendt formuliert, »die gemeinsame Welt in Stücke« (VA: 72) zu gehen. Trump wollte Tatsachen durch manipulierte Mehrheitsmeinungen ersetzen. Nachdem dies scheiterte, versuchte er es mit einem Putsch. Er war bereit, Tote in Kauf zu nehmen. Dies haben die Anhörungen zum Sturm auf das Kapitol im US-Senat ergeben. Trump und seine Anhänger interessierten weder die Erkenntnisse der Anhörung noch das Recht. Sie ignorierten die bestens belegten Vorwürfe. Trump ahnte bereits im Januar 2016, dass der gesellschaftliche Konsens zerbrochen war, als er großspurig herausposaunte, er könne auf der 5th Avenue in

9 Michiko Kakutani: *Der Tod der Wahrheit. Gedanken zur Kultur der Lüge*, Stuttgart 2019.

10 GfdS wählt »postfaktisch« zum Wort des Jahres 2016, 09.12.2016, <https://gfdS.de/wort-des-jahres-2016/>

New York stehen und jemanden erschießen, ohne auch nur eine Wählerin oder einen Wähler zu verlieren. Die Politik der Stärke, die weder die Perspektive des Gegenübers noch Tatsachen in Betracht zieht, wie die Zerstörung von Maßstäben für Wahrheit und das Ersetzen von Tatsachen durch *alternative facts*, sind ein Kennzeichen totalitärer Propaganda. Für Hannah Arendt besteht diese darin, dass »ihr Inhalt – jedenfalls für die Mitglieder der Bewegung und die Bevölkerung eines totalitären Landes – nichts mehr mit Meinungen zu tun hat, über die man streiten könnte, sondern zu einem ebenso unangreifbar realen Element ihres täglichen Lebens geworden ist, wie daß zwei mal zwei vier ist. Alle bloßen Argumente gegen sie, die ja aus einer Wirklichkeit stammen, welche die Bewegung ohnehin zu ändern verspricht, sind bereits im vorn hinein dadurch disqualifiziert, dass die Massen die wirkliche Welt weder akzeptieren können noch akzeptieren wollen« (EU: 764). Wahr ist dann, was ich für wahr halte und was mir nützt. Im Januar 2021 stürmten Republikaner das Kapitol, 2022 blockierten Bolsonaro-Anhänger Straßen in weiten Teilen des Landes, weil sie das Wahlergebnis nicht anerkennen wollten. »Bullshit« ist die größte Bedrohung unserer Zeit.

Die Moderne, so Arendt, müsse mit der Erkenntnis leben, dass sie die moralischen Regelwerke, die sie schafft, selbst zerstört, insofern auch Demokratien Elemente des Totalitären hervorbringen können. Es ist dieser Umstand, warum Arendt dem Phänomen der Lüge in der Politik so breiten Raum einräumt. Das Verstörende ist, dass die Strategie, die wirkliche Welt durch eine fiktive Welt zu ersetzen, nicht auf die totale Herrschaft beschränkt ist. Es werden »alternative Wahrheiten« in Umlauf gesetzt, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen und die Menschen der Möglichkeit zu berauben, selbstständig zu urteilen. Die von Populisten entwickelte »Neusprache« (George Orwell) erhebt sich willkürlich über Tatsachen, zerstört die herkömmliche Bedeutung der Begriffe und die Grundlage selbstständigen, aufgeklärten Denkens.

In ihrem letzten Interview mit Sebastian Haffner und Bernhard Vogel am 27. Mai 1975 wies Arendt darauf hin, dass in den demokratischen Gesellschaften an »die Stelle der traditionellen Lüge die organisierte«<sup>11</sup> Lüge getreten sei – jedoch nicht die Lüge aus Prinzip, wie in totalitären Gesellschaften (ebd.: 188). Entscheidend in einer Gesellschaft sei Vertrauen. »Für ein Volk«, so Arendt, »das ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln muss, um als Volk, als Gemeinschaft bestehen zu können, ist die Schaffung einer gegenseitigen Vertrauensbasis von größter Bedeutung« (ebd.: 191). Die Lüge zerstöre Vertrauen, unterminiere die Orientierungsfunktion der öffentlichen Meinung und entziehe der politischen Urteilskraft den Boden. Politische Täuschung wirke desintegrativ, unterlaufe die

11 H. Arendt: Beiträge beim Podiums-Gespräch »Legitimität der Lüge in der Politik«, S. 193. <https://doi.org/10.57773/hanet.v10i1.448>

Pluralität und ziele auf Homogenität. Die Lüge gleiche dem despotischen Wahrheitsanspruch. Im Extremfall werde die Vernichtung des politischen Gegners vorbereitet.

Die Verfälschung von Tatsachen ist in »postfaktischen« Zeiten allgegenwärtig. Die unregulierte Propagandamaschine Social Media bringt Populisten an die Macht. Nach der Übernahme von Twitter kündigte der neue Eigentümer Elon Musk die erste Neuerung an: Verifizierte Konten sollen kostenpflichtig werden. Twitter, das in den Händen eines Alleinherrschers liegt, der es mit der Wahrheit nicht so ernst nimmt, hat nun, gemessen an seiner Reichweite, mehr Meinungsmacht als jedes andere Medium. Das Polarisierungs- und Hasspotenzial auf Twitter und damit die Einnahmequellen sind enorm. Nicht die Gesellschaft, sondern wenige Superreiche definieren die globale Informationsstruktur. Politik und Informationen werden zur käuflichen Ware. »Macht ohne Gesetze ist gefährlich«<sup>12</sup>, wie die Wirtschaftswissenschaftlerin und Plattformkritikerin Shoshana Zuboff formuliert. Geheime Meinungsmanipulatoren führen weltweite Schmutzkampagnen. Big-Data-Experten kennen keine Skrupel, Politiker:innen zur Macht zu verhelfen. Sie schüren durch Mikro-Targeting den Hass im Netz. Weltweit bieten ca. 500 PR-Agenturen politische Kampagnen an. Mit raffinierten digitalen Methoden werden ahnungslose Bürger:innen manipuliert. Ereignisse wie die Brexit-Entscheidung, die Wahl Donald Trumps oder der Sturm auf das amerikanische Kapitol sind Ergebnisse dessen.

Arendt weist in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* in dem Kapitel *Totalitäre Propaganda* auf den Zusammenhang zwischen der Technik der Massenreklame und der totalitären Propaganda, die ihre Behauptungen immer wissenschaftlich verbrämten. So sei die »Wissenschaft« nur ein klägliches, vorläufiger Ersatz für die Macht des Monopols«, die man mittels Reklame erhoffe. »Die totalitären Bewegungen« würden hingegen »ihre anfängliche Vorliebe für wissenschaftliche Beweise« aufgeben, »sobald sie die Macht wirklich in Händen« hätten (UE: 733f.). In ihrem Interview mit Sebastian Haffner und Bernhard Vogel warnte Arendt vor dem Eindringen der Methoden der Propaganda und Werbung in alle Lebensbereiche.<sup>13</sup>

Um Menschen von einem politischen Programm zu überzeugen, gibt es Werbemanager, was verständlich ist. Aber wenn man wie Raphael Brinkert, Leiter der SPD-Wahlkampfagentur zur Bundestagswahl 2021, von der Notwendigkeit,

12 Zit. von Julia Jäckel: Stoppt Elon Musk, SZ, 08.11.2022, S. 9.

13 Vgl. Edward L. Bernays: Propaganda. Die Kunst der Public Relations, Kempten 1928, Copyright für die deutsche Ausgabe 2007 und 2009. Bernays gilt als Begründer der modernen Theorie der Propaganda. Mithilfe der Tiefenpsychologie seines Onkels Sigmund Freuds versuchte er, die US-Gesellschaft zu manipulieren.

die Wähler:innen zu »penetrieren«<sup>14</sup>, spricht, klingt das nach Missbrauch und hat etwas Obszönes. Zu Brinkerts Team gehören die Marken-Expertin Laura Galmés Schwarz sowie »Mr. Media« Thomas Koch, eine Ikone der Branche. Der Wähler und die Wählerin werden als Objekte betrachtet, die verführt werden sollen. Die eigene Seife ist immer die »beste Seife der Welt« (UE: 733), bemerkt Arendt und fragt: »Wer kann alle Seifen der Welt prüfen?«. Wenn das »häufig genug auf dem Bildschirm« erscheine, dann sei das eben die »beste Seife der Welt«<sup>15</sup>. Im Ergebnis würden Menschen »zynisch und glaubten gar nichts mehr« (ebd.: 191). Viel schlimmer »als dieses sich Ausbreiten eines spezifischen Zynismus« sei, dass es »zwischen Wahrheit und Lüge keine Trennung mehr« gebe, »dass man nicht mehr sagen kann: das ist eine Lüge, und das ist eine Wahrheit« (ebd.: 194). Bereits in den 1960er-Jahren, so Arendt, wurde es in den USA immer schwerer, zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. Vor allem müsse man aufpassen, dass man nicht »selbst Opfer seiner eigenen Lügen« – zu einem »betrogenen Betrüger« (ebd.: 194) – werde. Schon damals schien in den USA die Wahrheit zur Nebensache, die Indoktrinierung zur Hauptsache geworden zu sein. »Die Indoktrinierung«, erklärt Arendt in ihrem Essay in *Partisan Review* 1953, führe, anders als das Verstehen, das »Element der Gewalt in den gesamten Bereich der Politik« (MG: 111) ein.

Arendt hätte es »mit Sicherheit sehr kritisch« gesehen, »wenn man simple Vergleiche zwischen der heutigen Welt und totalitären Regimen ziehen« würde, notiert Richard Bernstein. »Beängstigend« aber seien – und »das sollte uns eine Warnung sein – all diese Ähnlichkeiten zwischen organisierter Lüge, fiktionaler Image-Pflege, Täuschung und Selbstbetrug, wie sie heute vorherrschen, und den Methoden, die totalitäre Regime zur Perfektion getrieben haben«<sup>16</sup>.

In den heutigen »postfaktischen« Zeiten irritiert uns Arendt mit der These aus ihrem Essay *Wahrheit und Politik*, in dem es heißt: »Wenn politische Macht sich an Vernunftwahrheiten vergreift, so übertritt sie gleichsam das ihr zugehörige Gebiet, während jeder Angriff auf Tatsachenwahrheit innerhalb des politischen Bereichs selbst stattfindet« (ZVZ: 331). Orientiert an Gottfried Wilhelm Leibniz, unterscheidet Arendt zwischen Tatsachenwahrheiten und Vernunftwahrheiten (ZVZ: 330). Im kulturellen wie im politischen Bereich gehe es weder um Erkenntnis noch um Wahrheit, sondern um Urteilen und Entscheiden, um das Bereden der gemeinsamen Welt, wie sie weiter aussehen und auf welche Art und Weise in ihr gehandelt werden soll. Konträr dazu steht die landläufige Meinung von einem bedrohlichen Verlust an Vernunft und Moral in der Politik. Für Arendt sind es

14 Kathrin Jacob: Chef der SPD-Wahlkampfagentur: »Euphoriewellen sind keine Dauerwellen«, <https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/chef-der-spd-wahlkampfagentur-euphoriewellen-sind-keine-dauerwellen-17528942.html>

15 H. Arendt: Beiträge beim Podiums-Gespräch »Legitimität der Lüge in der Politik«, S. 194.

16 R. J. Bernstein: Denkerin der Stunde, S. 91.

jedoch die Tatsachen- und nicht die Vernunftwahrheiten, die im Politischen auf dem Spiel stehen. Zeugnis davon legt die Rede von den »alternativen Fakten« ab. Arendt zufolge könne man sich zwar ein Leben in einer Welt vorstellen, die weder Gerechtigkeit noch Freiheit kenne; mit der viel unpolitischen Idee der Wahrheit und Wahrhaftigkeit gelingt das jedoch nicht. Es gehe immer um den Bestand der Welt. Und »keine von Menschen erstellte Welt, die dazu bestimmt ist, die kurze Lebensspanne der Sterblichen in ihr zu überdauern«, werde »diese Aufgabe je erfüllen können, wenn Menschen nicht gewillt sind, das zu tun, was Herodot als erster bewußt getan hat – nämlich [...] das zu sagen, was ist« (ZVZ: 329).

Fakten und Ereignisse sind nach Arendt viel gefährdeter, für immer aus der Welt zu verschwinden als das, was der menschliche Geist entdeckt oder erinnert, beispielsweise Axiome, wissenschaftliche Entdeckungen und philosophische Theorien. Man brauche nur daran zu denken, so Arendt, »dass ein Mann namens Trotzki bei der Russischen Revolution eine gewisse Rolle gespielt hat, die in keinem sowjetischen Lehrbuch erwähnt wird, um gewahr zu werden, daß keine Vernunftwahrheit es mit der Tatsachenwahrheit an Gefährdung aufnehmen« (ZVZ: 331) könne.

Vernunftwahrheiten hingegen erwiesen sich in der Politik als tyrannisch. Zwang sei das Ende der Freiheit. Als freie Wesen müssten wir mit den Tatsachen der Welt nicht immer konform gehen. Wir könnten ja oder nein sagen. Bei der Vernunftwahrheit könnten wir das nicht. Denn sie sei »das, was der Mensch nicht ändern kann; metaphorisch gesprochen ist sie der Grund, auf dem wir stehen, und der Himmel, der sich über uns erstreckt« (ZVZ: 370). Platon habe den »ursprünglichen Antagonismus zwischen Wahrheit und Meinung dann weiter ausgeführt in dem Gegensatz [...] zwischen dem philosophischer Wahrheit angemessenen Dialog und den Überredungskünsten, mit denen der Redner die Meinungen der Menge beeinflusst und schließlich die vielen« (ZVZ: 333) überzeuge.

In *Wahrheit und Politik* fordert Arendt nicht, dass anstelle der Lüge Wahrheit und Moral in die Politik einziehen sollten. Sie setzt sich vielmehr von der platonischen Tradition ab, der zufolge Politik auf Wahrheit gegründet sei, und folgt dem Modell des Aristoteles. Für Arendt sind es die Meinungen, die unterschiedlichen Perspektiven und Lebenserfahrungen, die den politischen Diskurs prägen.

Damit rehabilitiert sie weder Vorurteile noch alternative Fakten oder Fiktionen. Als Ergebnisse menschlichen Zusammenlebens und Zusammenhandelns stellen Tatsachen den Bereich des Politischen dar. »Nun, jede Tatsachenwahrheit«, so Arendt, habe »ihre Wahrheit nicht in sich selbst, sie muss erst einmal von anderen bezeugt sein«. Nur auf diese Weise könne »Wahrheit überhaupt etabliert werden«. Die »Vernunft selber« etabliere sie nicht.<sup>17</sup> Bei jeder Tatsache können wir uns vorstellen, es hätte anders sein können. Tatsachen können als solche nicht so überzeugen wie Vernunftwahrheiten. Sie können von uns bestätigt oder verneint

17 H. Arendt: Beiträge beim Podiums-Gespräch »Legitimität der Lüge in der Politik«, S. 187.

werden. Arendt spricht nicht der Beliebigkeit das Wort. Tatsachen sind zwar Gegenstand des Meinens, werden aber im Unterschied zu Fiktionen nicht dem Meinenden zur Disposition gestellt.<sup>18</sup> Das Gegenteil einer Tatsachenwahrheit ist die Lüge. Tatsachen sind wirklich geschehene Handlungen und eine solide Basis von Wissen. Sie sind falsifizierbar. Dass Tatsachen als deutungsabhängig verstanden werden, ist ein Ergebnis postmoderner Dekonstruktion des Wissensparadigmas. Tatsachen können in Verbindung mit Meinungen ganz unterschiedliche Färbungen annehmen (ebd.: 27). Die Dignität der Meinung selbst hängt jedoch von der Inanspruchnahme der Tatsachen im politischen Diskurs ab. »Ob Tatsachen als bloße Meinungen behandelt oder ob Meinungen sich auf Tatsachen beziehen« (ebd.), bemerkt der Heidelberger Philosoph Georg Zenkert, sei ein gravierender Unterschied. Eine politische Auseinandersetzung basiere »auf der Möglichkeit der Unterscheidung von Tatsachen und Meinungen«. Eine Tatsache in Frage zu stellen, so Zenkert weiter, bedeute, »auf andere Tatsachen zu verweisen; eine Meinung lässt sich durch den Verweis auf Tatsachen oder den Bezug auf andere Meinungen kritisieren« (ebd.: 30). Anders als Tatsachen, die für die Vergangenheit stehen, könnten Meinungen Handlungsperspektiven und eine Welt der Möglichkeiten erschließen. Die Qualität des Meinungsaustausches werde schließlich bestimmt durch die Kompetenz der Teilnehmer, sich gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Auch Normen könnten in diesem Zusammenhang Orientierung stiften.

Ähnlich wie Aristoteles geht Arendt davon aus, dass die Menge, von der kein Einzelner wirklich tugendhaft sei, in der Gesamtheit bessere Entscheidungen fälle als der einzelne Beste.<sup>19</sup> Mit einer Meinung allein könne man komplexe Handlungssituationen nicht angemessen erfassen. Gute demokratische Verfassungen ermutigen deshalb zum Widerspruch. Sie moderieren die widersprüchlichen Tendenzen so, dass Entscheidungen auch akzeptabel sind, wenn sie nicht die direkte Zustimmung aller Betroffenen finden.

Der Ort, an dem Orientierung für menschliches Handeln entsteht, sind für Arendt nicht die politischen Institutionen. Über das Kriterium von Wahrheit entscheidet nicht die Politik. Dieses liege zwischen den handelnden Menschen, in der Pluralität des öffentlichen Raums. Ist dieser Raum völlig zerstört, wie aktuell etwa in Russland oder in China, gehen Wahrheit und Freiheit verloren. Der Staat mit seinen Institutionen wird unkontrollierbar und verliert die Bindung an die Bevölkerung. Meist kann dann nur eine Revolution neue Räume öffnen. Gegen die Schließung dieses Raums der Freiheit setzen die Ukrainer:innen ihr Leben aufs Spiel.

18 Vgl. Georg Zenkert: Über Wahrheit und Lüge im politischen Sinn. Arendts Konzept der Meinungsbildung, 2021, HannahArendt.net, 10(1), <https://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/425>

19 Aristoteles: Politik, München 1981, 1281a, S. 38ff.

Arendt halte, nach Auffassung der Philosophin Antonia Grunenberg, »die Erneuerung des öffentlichen Raums, der »gemeinsamen Welt«, für die einzige Möglichkeit, dem (selbst)zerstörerischen Potenzial der Moderne Einhalt zu gebieten. Sich »dem Bösen in der Welt entgegenzustellen« sei nur möglich, »wenn Menschen ihre Mit-Welt bewohnbar machen und diese Bewohnbarkeit ständig« erneuerten. Dies könne allerdings nur gelingen, wenn sich Bürger:innen darauf verständigten, »dass der Sinn ihres Handelns Freiheit ist«. Arendt spreche also sehr wohl »eine Ethik des Handelns an, aber nicht in einer normativen Perspektive« (Grunenberg 2000: 38). Anders als in der Diskursethik von Jürgen Habermas, die der Idee allgemeingültiger universeller Aussagen über allgemein anerkannte Moralprinzipien verhaftet bleibt, glaubt Arendt allein aus dem Pluralitätsgeschehen heraus die Mittel gegen die Zerstörung der Freiheit zu finden. Arendt beharrt darauf, dass mit den gewonnenen politischen Urteilen keine Wahrheitsansprüche einhergehen sollten. Pluralität und Wahrheit schlossen einander aus. Die zwingende Kraft der Wahrheit drohe den Pluralitätsraum zu homogenisieren und schnell zu beenden; *truth telling* werde von den vielen in Frage gestellt.

Arendt denkt den politischen Raum nicht wie Habermas unter dem Paradigma der idealen Kommunikationsgemeinschaft. Vielmehr besteht für sie das Problem darin, »dass es dem politischen Raum von vornherein nicht angemessen ist, ihn in Termini der vollkommenen Rechtfertigung und Rationalität zu denken« (Loidolt 2018: 18). Mit anderen Worten: Der umfassend informierte Bürger ist zwar wünschenswert, bleibe aber eine Illusion. Zur Wahrheit seien im politischen Raum keine Politiker:innen in der Lage. Für die Politik entscheidend ist die Fähigkeit, die Sache von verschiedenen Seiten zu sehen und allen Gelegenheit zu geben, ihre Perspektive wie auch ihre Lebenserfahrung zu artikulieren. Eine Welt des Entweder-oder, eine politische Welt der behaupteten Alternativlosigkeit kann es mit Arendt nicht geben. Dennoch besteht Arendt mit Kant auf der Wahrheitsfrage: Wahr ist, was mit den Tatsachen übereinstimmt, wie zum Beispiel »Corona ist keine Grippe und kann zum Tod führen«, »Der Klimawandel ist von Menschen gemacht« oder »Putin hat die Ukraine überfallen und das Völkerrecht gebrochen«. In politisch strittigen Fragen, beispielsweise wie man gegen diese Krisen kämpft, gibt es nicht das eindeutige Argument, sondern verschiedene zu respektierende Perspektiven. Arendt möchte, dass die Debatte aufrechterhalten bleibt und andauert. Hört die Debatte auf, geht die Demokratie zugrunde. Gegenüber Autokraten sind Dialog, Vertrauen und das Beharren auf Verträge allein naiv. In einer demokratischen Gesellschaft wird es eindeutige, widerspruchsfreie Lösungen politischer Probleme kaum geben. Arendt sieht darin, so Loidolt, »den echten Kommunikationsmodus der Pluralität, der nur »ansinnen« und überzeugen, aber nicht zwingen« darf. Dies sei auch der Grund, warum Arendt Kants dritte Kritik seiner zweiten vorziehe: das »reflektierende Urteil« dem des bestimmenden. »Ansinnen« kann dann bedeuten: Nur wenn man den anderen in seiner Person akzeptiert, in seinem So-sein, ihn nicht als Mittel für eigene

Zwecke gebraucht, etwa aus Gründen der Eitelkeit, eines Dominanzanspruches, der Selbstdarstellung oder Selbstbezüglichkeit, besteht die Chance auf eine gelingende Kommunikation, die zur Reflexion, auch zur Selbstbesinnung und Prüfung der eigenen Normen und Vorurteile anleiten und eigenverantwortliches Denken fördern kann. Der Kommunikationsmodus der Pluralität schließt eine dogmatische Wissensvermittlung aus. Das ästhetische Urteilen soll uns dabei helfen, innezuhalten und neue Perspektiven wahrzunehmen.

Die ästhetischen Avantgarden verstanden sich schon immer als Protestbewegungen gegen das Alte, die Künstler als Revolutionäre. Die deutsche Grafikerin, Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz, deren Sohn 1914 in Flandern gefallen war, zeigt in ihren Skulpturen die Perspektive der liebenden Mütter, die keine Helden geboren hatten, sondern Kinder. Kunst kümmert sich nicht um Doktrinen und vermeintliche Gewissheiten, sie kultiviert ihr Recht auf eigene Meinung, auf Autonomie. Gerade das macht sie im 20. Jahrhundert zum Vorbild für die auf Innovation und Individualität gegründeten Demokratien. Kunst lässt ihr Publikum innehalten und mit allen Sinnen nachspüren. Sie eröffnet einen »Denkraum der Besonnenheit«, wie es der Kunsthistoriker Aby Warburg nannte. Dabei kann die Kunst freier agieren, als es der Politik möglich ist.<sup>20</sup> Es ist dieser Denkraum, der Selbstreflexion ermöglicht, der sich uns beim ästhetischen Urteilen eröffnet und der uns vor zu schnellen einfachen Urteilen bewahren kann.<sup>21</sup>

Arendt öffnet mit ihrem Kommunikationsmodus der Pluralität weder dem Irrationalismus das Wort, noch geht es ihr darum, »Moral oder Normativität abzulehnen« (Loidolt 2018: 18). Vielmehr bestehe sie, wie Sophie Loidolt betont, darauf, »dass jede normative Begründung letztendlich in einen Diskussionsraum eintreten muss, der nicht eine philosophische Veranstaltung normativer Argumentation ist, sondern ein Voreinander-Erscheinen in einem Bezugsgewebe« (ebd.). Das Pluralitätsgeschehen berge für Arendt ethische und normative Ansprüche, insofern der Reichtum menschlicher Kommunikation »bedeutungsvoller und sinnvoller« sei, als je die »eine Wahrheit« sein könnte (ebd.: 19). Für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Welt müsse es nicht »eine« Wahrheit geben, aber »den Willen, auch in einem radikalen Gegeneinander den Anderen nicht zu vernichten«, sondern die Debatte, das Handeln und die Welt »als geteilten Ort aufrechtzuerhalten« (ebd.: 15). Dazu gehöre zu versprechen, zu verzeihen und zu vertrauen, um das »Wir« zu stärken. Die

20 Vgl. Kia Vahland: Nur Mut, SZ, 12./13.03.2022, S. 49.

21 Diese Perspektive habe sich, bemerkt Jürgen Habermas, »mit der ästhetischen Moderne geöffnet, mit jener hartnäckigen, in der avantgardistischen Kunst forcierten Selbstenthüllung einer dezentrierten, von allen Beschränkungen der Kognition in Zwecktätigkeit, allen Imperativen der Arbeit und der Nützlichkeit befreiten Subjektivität«. Jürgen Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt a.M. 1988, S. 148.

Unberechenbarkeit politischen Handelns lässt sich für Arendt durch das Versprechen und das Verzeihen bändigen. Das Versprechen sei auch der einzige Ort, an dem Moral wirksam werden könne, ohne Politik durch äußere Maßstäbe oder Regeln zu zerstören. In der Bereitschaft der Menschen, einander wechselseitig zu vergeben, könne der Raum des Politischen somit gleichsam neu geboren werden. Das Ethos des Verzeihens findet Arendt bei dem jüdischen Lehrer Jesus. Das menschliche Leben könne gar nicht weitergehen, gäbe es nicht das Verzeihen. Wie das Verzeihen sei auch die Schuld persönlich. Der Schuldbegriff mache nur Sinn, wenn er auch individuell angewendet werde. Deshalb gebe es keine kollektive Schuld oder Unschuld. Vergehen wie der Holocaust, die sich als unbestraft erweisen, könnte man nicht vergeben. Sie können nur mit dem kantischen Begriff des »radikal Bösen« umschrieben werden. Eichmann habe sein Gewissen ausgeschaltet. Auch Putin hat sein Gewissen ausgeschaltet und das, was wir als höchstes moralische Gut bewerten, den Kampf gegen den Nazismus, für seine Zwecke missbraucht. Präsident Putin führt eine Art Angriffskrieg, den der Nürnberger Gerichtshof 1945 nicht nur als ein »internationales Verbrechen«, sondern als das »schwerste internationale Verbrechen«, ein Verbrechen gegen den Frieden und ein »Verbrechen gegen die Menschheit« bezeichnete. Putin muss sich deshalb vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten.

## 13.2 Die Lehre aus dem Totalitarismus

Für politische Entscheidungsprozesse gilt in der Demokratie gemeinhin die Einstimmung freier Bürger:innen, genannt Mehrheitsregel. Dieses Verständnis von Demokratie hat eine Konsequenz, die Jürgen Habermas zurückweist: Über die Objektivität und Wahrheit von Aussagen würde dann eine Mehrheit entscheiden. Es ist die auch im Westen sich ausbreitende Methode der Machtergreifung, Tatsachen und Wahrheit durch manipulierte Mehrheitsmeinungen zu ersetzen. China nennt das »ganzheitliche Demokratie des Volkes«, Putin »gelenkte Demokratie« und Orban »illiberale Demokratie«, Stalin sprach noch von »Volksdemokratien«. Am 5. März 1933 errang die NSDAP 43,9 Prozent der Stimmen. »Bei uns herrscht die wahre Demokratie«, proklamierte das Nazi-Regime. Theodor W. Adorno nennt diese demokratische Kostümierung in seinen *Studien zum autoritären Charakter* »Pseudodemokratismus« (Adorno 1973: 212).

Kant rückt eine bloß der Mehrheit verpflichtete Demokratie in die Nähe der Barbarei. In *Zum Ewigen Frieden* spricht er, wie auch Arendt, statt von Demokratie von Republik: eine nach den Prinzipien der Freiheit, einer gemeinsamen Gesetzgebung und »nach dem Gesetz der Gleichheit derselben [als Staatsbürger] gestifteten Verfassung«, was einem Rechts- und Verfassungsstaat mit Gewaltenteilung

entspricht.<sup>22</sup> Demokratie als Mehrheitsregel muss ergänzt werden durch die normativen Vorgaben eines Rechts- und Verfassungsstaates auf Basis von Grund- und Menschenrechten. Dies ist die Lehre aus dem Totalitarismus und hat im Grundgesetz, als Norm der Normen, ihren Niederschlag gefunden. Jenseits davon gibt es weder Freiheit noch Rechte – aber auch, und das zeigt uns Arendt, dass die Stabilität des freiheitlichen Staates von dem Engagement seiner Bürger:innen abhängt. Wie die Gründerväter der amerikanischen Verfassung hatte Arendt »Angst vor der Herrschaft der Mehrheit« und lehnte wie diese »reine Demokratie« ab. Arendt war davon überzeugt, »dass die Macht nur durch eine Sache in Schranken gehalten werden kann, und das ist Macht – Gegenmacht« (Iwv: 106). Arendt hält deshalb an der liberalen Garantie der *balance of power* fest, die sich wechselseitig kontrollieren, wie an der Teilhabe eines jeden Einzelnen an den öffentlichen Angelegenheiten inmitten der Massengesellschaften.

1964 hat der Staats- und Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde das so formuliert: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.«<sup>23</sup> Der Verfassungsrechtler Horst Dreier hat in diesem Zusammenhang die Demokratie als »riskante Ordnung«<sup>24</sup> bezeichnet. Das Grundgesetz riskiert demnach eine Freiheit, die auf eine Identifikation mit seinen Werten, auf einen wertbezogenen Grundkonsens, verzichtet. Niemand müsse sich zu den Werten der Verfassung bekennen. Es umfasst auch die Freiheit seiner Bevölkerung, über seine Änderung zu streiten, »solange sie dadurch Rechtsgüter anderer nicht gefährden«. Was bleibt, ist die Pflicht zum formalen Rechtsgehorsam. Dreier erklärt: »Grundrechtliche Freiheit ist Freiheit schlechthin, Freiheit subjektiven Beliebens [...] und somit ihrem Wesen nach Faktor und Garant [einer] gesamtgesellschaftliche[n] Pluralität.« Pluralität wird damit zur Signatur einer offenen Gesellschaft, die auf neue Ideen angewiesen ist. Der Meinungsstreit, der Streit um das bessere Argument findet niemals ein Ende. Pluralistische Vielfalt und gesellschaftliche Zerrissenheit machen Wesen und Wert der Demokratie aus. Nach Dreier sollte man »weniger nach Einheit und Konsens suchen, sondern Uneinigkeit und Dissens selbst zum Ausgangspunkt [seiner] Überlegungen machen.« Dahinter stecke die Vermutung, so Dreier, »dass der nach bestimmten Regeln und in bestimmten Formen ausgetragene Konflikt einen starken Integrationsfaktor bilden

22 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden, Stuttgart 2008, S. 10f.

23 Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt a.M. 1991, S. 92–114, 112 (erweiterte Ausgabe 2006).

24 Horst Dreier: Der freiheitliche Verfassungsstaat als riskante Ordnung, in: ders.: Idee und Gestalt des freiheitlichen Verfassungsstaates, Tübingen 2014.

kann«<sup>25</sup>. Nur Pluralität, die Basis jeder freiheitlichen Ordnung, kann der paradoxen Aufgabe einer Ordnung der Freiheit, Kontinuität und Wandel gerecht werden.

Jenseits des positiven Rechts und jeder »bloß empirischen Rechtslehre« betrachtet Kant, anders als Arendt<sup>26</sup>, das »Recht als Vernunftbegriff, nicht als Erfahrungsbegriff, um auf diese Weise einen höchsten normativ-kritischen Maßstab für alle positive Gesetzgebung zu liefern«<sup>27</sup>. Kant zufolge ist, wie für Dreier, eine jede Handlung *recht*, »die oder nach deren Maxime die Freiheit der Willkür eines jeden mit jedermanns Freiheit nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann.«<sup>28</sup> Das Recht ist nach Kant der Zweck des menschlichen Zusammenschlusses und Garant der Freiheit. Es ist nichts anderes als der kategorische Imperativ in seiner Anwendung auf die Gesellschaft. Politik ist so über das Recht mit der Moral verbunden. Der moralische Imperativ strahlt auch auf die Praxis der Politik aus. Arendts Plädoyer für eine erweiterte Denkungsart wie ihr Topos von der Sorge um die Welt kann man gleichwohl als eine Umformung des kantischen kategorischen Imperativs in ein dialogisches Verfahren verstehen, wenn sie schreibt, dass »der kategorische Imperativ bei Kant gerade darauf bestand, dass alles Handeln die Verantwortung für die Menschheit übernehmen müsse [...]« (WEX: 37).

Besonders heute wird die Praxis einer »erweiterten Denkungsart« durch eine »postfaktische« Politik weltweit in Frage gestellt. Die Wahrheit, die Übereinstimmung mit den Tatsachen, verschwindet immer mehr in einem Meer von Lügen und Verschwörungsideologien. Die internationalen Beziehungen und die offenen Gesellschaften scheinen an der Macht der Lügen zu ersticken. Nicht allein autokratische Staatsführer, auch Extremisten suchen mittels Medienezynismus, Staatsversagens- und Verschwörungsnarrativen, das Vertrauen in die Institutionen der liberalen Demokratie zu zersetzen und diese zu delegitimieren. Die Defragmentierung der Öffentlichkeit ist im vollen Gange. Öffentlichkeit ist ein Organisationsprinzip liberaler Demokratien. In ihr finden gesellschaftliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse statt. Mit ihr kann Regierungshandeln kritisch reflektiert, diskutiert und korrigiert werden. Heute scheinen uns die monopolartigen unkontrollierten digitalen Medien in vormoderne Stammesgesellschaften zu katapultieren. Befeuert durch die sogenannten sozialen Medien, erleben wir die Aushöhlung von Institutionen, vor allem die der Parteien. Damit droht ein zentraler Faktor der Machtbalance und Repräsentation verloren zu gehen. »Aus der Perspektive der politischen Philosophie«, warnt Benhabib, »gibt es keinen Zweifel daran, dass ein Verschwinden die-

25 Horst Dreier, zit.n. Horst Meier: Was pluralistische Gesellschaften zusammenhält. Einheit im Dissens, <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/einheit-im-dissens-2355/>

26 So versteht das Bundesverfassungsgericht die Grundrechte nicht bloß als Freiheitsrechte, sondern gleichzeitig als vor- und überstaatliche, objektive Wertordnung.

27 Christian Schwaabe: Politische Theorie 2. Von Rousseau bis Rawls, Paderborn 2007, S. 52.

28 Immanuel Kant: Die Metaphysik der Sitten, Stuttgart 1990, S. 67.

ser kommunikativen Rationalität auch das Ende unserer Demokratien bedeutet«<sup>29</sup>. Umso dringlicher erscheint die Verteidigung der liberalen Institutionen und ihrer Werte.

Kant folgend sieht Arendt, wie sie in ihrem philosophischen Spätwerk *Das Urteilen* notiert, das Problem darin, »wie man den Menschen zwingen kann, ›ein guter Bürger‹ zu sein«, selbst wenn er nicht ein ›moralisch-guter Mensch‹ ist, und dass nicht von der Moralität ›die gute Staatsverfassung, sondern vielmehr umgekehrt von der Letzteren zuallererst die gute moralische Bildung eines Volkes zu erwarten ist‹ (DU: 30). Arendt glaubt an den republikanischen Gemeinsinn, die Freiheit der Meinung und Rede und hofft auf die Schaffung des Neuen in und mit der Gesellschaft. Sie wusste: Pluralität und Spontaneität freier Menschen sind nur um den Preis der letzten Unberechenbarkeit aller menschlichen Angelegenheiten zu erhalten.

---

29 Seyla Benhabib: Rationalität: Wir sind keine Maschinen. Wir sind Menschen, *Die Zeit*, Nr. 25, 12.06.2019, <https://www.zeit.de/2019/25/rationalitaet-menschliches-handeln-juergen-habermas-philosophie>